

# Glanz und Elend der deutschen Geschichte

## 1945

### Band 3

## Kriegsende ohne Frieden

Band 3/116: 19.07.1945 – 20.07.1945

19.07.1945

**SBZ:** Konferenz von Potsdam: Dritte Plenarsitzung vom 19. Juli 1945 (x867/...):

>>(Truman eröffnet die Sitzung.)

**Churchill:** Der Generalissimus hat gestern ganz am Anfang der Sitzung die Frage des Zwischenfalls an der griechisch-albanischen Grenze aufgeworfen. Wir haben entsprechende Ermittlungen angestellt, konnten aber nicht feststellen, daß dort Kämpfe stattgefunden hätten. Möglicherweise hat es unbedeutende Feuerwechsel gegeben. Die Völker sind dort einander nicht sehr gewogen.

In diesem Gebiet gibt es keine griechischen Felddivisionen. Wir wissen das, weil sich unsere Leute dort befinden. Es gibt dort 7.000 Mann Nationalgarde, die an der albanisch-jugoslawischen Grenze stehen. Ihre Bewaffnung und Ausrüstung ist für den inneren Schutz vorgesehen. Jenseits der Grenze stehen 30.000 Mann albanische Truppen, 30.000 Mann jugoslawische und 24.000 Mann bulgarische Truppen.

Ich erwähne das deshalb, weil ich der Ansicht bin, daß die Konferenz der Großmächte darauf dringen muß, daß derartige Überfälle über die Grenze eines Staates unterbleiben. Die Grenzen werden auf der Friedenskonferenz festgelegt, und wir müssen sagen, daß jeder, der seine Grenzen bereits vorher festzulegen versucht, dadurch in eine ungünstige Lage geraten kann.

**Stalin:** Hier liegt offensichtlich ein Mißverständnis vor. Wir sollten diese Frage nicht hier auf der Konferenz erörtern. Ich hatte sie nicht auf der Konferenz gestellt, sondern habe mich dazu in einem Privatgespräch geäußert.

**Churchill:** Ich stimme dem Generalissimus zu, daß diese Frage nicht auf der Sitzung erörtert wurde. Wenn diese Frage jedoch auf die Tagesordnung gestellt wird, sind wir bereit, sie zu erörtern.

**Truman:** Wir werden diese Frage nicht erörtern, sondern werden zur Behandlung der Fragen übergehen, die uns im Auftrage der Außenminister unterbreitet werden.

*(Die englische Delegation berichtet, daß angesichts des von der amerikanischen Delegation zu Punkt 3 des Entwurfs über den Rat der Außenminister eingebrachten Änderungsantrags die Minister übereinkamen, diesen Punkt an die Redaktionskommission zu überweisen.)*

*Dann behandelten die Außenminister den politischen Teil des Abkommens über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze, derer man sich bei der Behandlung Deutschlands in der Anfangsperiode der Kontrolle bedienen muß. Die englische Delegation erinnerte daran, daß die Regierungschefs sich gestern mit dem Entwurf befaßt haben und die Minister beauftragt sind, heute ihren Bericht zu erstatten.*

*Die Delegation teilt mit, daß die Außenminister den Entwurf durchgesehen, einige Ergänzungen gemacht haben und nunmehr den neuen Entwurf des politischen Teils des Abkommens den Regierungschefs zur Prüfung vorlegen. Sie weist darauf hin, daß die Außenminister der Meinung sind, daß es nach Abschluß der Beratung und Abstimmung des wirtschaftlichen Teils*

*notwendig sein wird, auf der Konferenz die Frage der Veröffentlichung des Abkommens insgesamt zu behandeln.*

*Weiter teilt die englische Delegation mit, daß die Minister die polnische Frage behandelt haben; sie hatten eine sehr wichtige und nützliche Aussprache über diese Frage, die dann an die Redaktionskommission überwiesen wurde. Die Minister hoffen, daß es morgen möglich sein wird, der Konferenz den Bericht zu dieser Frage zu erstatten, wenn die Redaktionskommission ihre Arbeit abzuschließen vermag.*

*Die Minister kamen überein, der heutigen Plenarsitzung die Fragen: deutsche Kriegs- und Handelsflotte, Spanien, Erfüllung der Erklärung von Jalta über das befreite Europa, Jugoslawien und andere zur Behandlung vorzulegen.)*

**Truman:** Die erste Frage betrifft die deutsche Flotte. Mir scheint, daß man, bevor man diese Frage entscheidet, eine andere Frage entscheiden muß, und zwar, was ist Kriegsbeute und was sind Reparationen. Ist die Handelsflotte Gegenstand der Reparationen, so muß die Frage dann entschieden werden, wenn über die Reparationsfrage entschieden wird. Wir müssen die Reparationskommission beauftragen, den Kreis der Werte festzulegen, die zu den Reparationen gehören sollen. Ich hege deshalb ein besonderes Interesse für die Handelsflotte Deutschlands, weil sie vielleicht im Krieg gegen Japan ausgenutzt werden könnte.

**Stalin:** Die Kriegsflotte hat wie die gesamte übrige militärische Ausrüstung als Beute zu gelten. Die Truppen, die die Waffen gestreckt haben, übergeben ihre Waffen an die, vor denen sie kapituliert haben; das gleiche kann auch für die Kriegsflotte gelten. Die Vorschläge der militärischen Vertreter der drei Mächte besagen direkt, daß die Kriegsflotte zu entwaffnen und auszuliefern ist. Vielleicht könnte im Hinblick auf die Handelsflotte die Frage gestellt werden, ob sie Beute ist oder zu den Reparationen zu zählen ist; was die Kriegsflotte betrifft, so ist sie Beutegut und unterliegt der Auslieferung. Wenn Sie sich an den Fall Italien erinnern, so sehen Sie, daß beide Flotten, die Seekriegs- und die Handelsflotte, zur Kategorie der Kriegsbeute zählten.

**Churchill:** Ich möchte nicht von einem rein juristischen Standpunkt an diese Frage herangehen und mit Fachtermini operieren. Aber ich möchte Gerechtigkeit und eine freundschaftliche Lösung dieser Frage erzielen, möchte ein Übereinkommen der drei Mächte erzielen, das als Teil in das gesamte Abkommen zu allen Fragen auf dieser Konferenz eingeht. Ich möchte jetzt nur von der deutschen Kriegsflotte sprechen. In der Tat befinden sich alle verwendungsfähigen deutschen Schiffe in unserer Hand. Ich nehme an, daß insgesamt eine freundschaftliche Lösung der sich aus dieser Konferenz ergebenden Fragen erzielt werden wird, davon bin ich überzeugt, und deshalb haben wir im Prinzip keine Einwände gegen eine Aufteilung der deutschen Flotte

Ich spreche jetzt nicht von der italienischen Flotte. Mir scheint, daß diese Frage gesondert zu behandeln ist, in Verbindung mit unserer gemeinsamen Politik gegenüber Italien. Natürlich erhebt sich dabei auch die Frage nach der Entschädigung für Verluste. Was Großbritannien betrifft, so hatte es sehr schwere Verluste. Es hat etwa 10 große Schiffe verloren, das heißt Schlachtschiffe, schwere Kreuzer und Flugzeugträger, überdies mindestens 20 Kreuzer und mehrere hundert Zerstörer, U-Boote und kleine Schiffe.

Mir scheint, daß die U-Boote gegenüber der übrigen Seekriegsflotte eine andere Kategorie bilden sollten. Diese U-Boote spielen eine besondere Rolle; gemäß der Konvention, die auch Deutschland unterzeichnet hat, sollte deren Anwendung beschränkt werden. Aber Deutschland hat diese Konvention verletzt und die U-Boote sehr breit eingesetzt, das heißt, Deutschland hat sie widerrechtlich eingesetzt, und während des Krieges mußten wir von einem Einsatz gemäß dieser Konvention Abstand nehmen.

Meiner Meinung nach müssen diese U-Boote vernichtet oder versenkt werden.

Ich verstehe aber, daß die neuesten deutschen U-Boote, namentlich die besten davon, von be-

stimmtem wissenschaftlichem und technischem Interesse sind und man sie für eine Auswertung erhalten muß. Die Information über diese U-Boote muß allen drei Großmächten zur Verfügung gestellt werden. Ich sehe die Sache nicht ausschließlich von einem maritimen Standpunkt und erkenne voll und ganz die Verluste an, die die Rote Armee im Krieg erlitten hat. Meiner Ansicht nach sollten wir hier keine endgültige Entscheidung treffen, aber nach Abschluß der Konferenz sollte der Großteil der Schiffe vernichtet werden, und ein Teil kann exakt unter uns allen aufgeteilt werden.

Was die Überwasserschiffe betrifft, so sollten sie zu gleichen Teilen unter uns aufgeteilt werden unter der Bedingung, daß wir über alle anderen Fragen eine Übereinkunft erzielen und hier im besten Einvernehmen auseinandergesprochen werden. Ich habe nichts dagegen, daß Rußland ein Drittel der deutschen Flotte erhält, aber nur unter der Bedingung, die ich soeben nannte.

Ich gebe zu, daß ein so großes und mächtiges Volk wie das russische, das einen so großen Beitrag zur gemeinsamen Sache geleistet hat, herzlich auf den Weltmeeren empfangen werden muß. Wir werden das Erscheinen der russischen Flagge auf den Meeren begrüßen. Ich verstehe, daß es sehr schwer ist, in kurzer Zeit eine große Flotte zu bauen. Deshalb können diese deutschen Schiffe zu Studienzwecken und zum Aufbau der russischen Flotte dienen. Ich habe nichts weiter hinzuzufügen.

Wenn es erwünscht ist, über die Handelsflotte zu sprechen, so könnte ich auch dazu etwas sagen.

**Truman:** Bitte.

**Churchill:** Ich habe das Gefühl, daß die deutsche Handelsflotte, solange der Krieg mit Japan dauert, in diesem Krieg eine bedeutende Rolle spielen könnte. Die Möglichkeit einer möglichst schnellen Beendigung des Krieges hängt in bedeutendem Maße von der Handelsflotte ab. Was die erforderliche Zahl von Menschen für die Truppe, für die Luftstreitkräfte und die Seekriegsflotte betrifft, so haben wir genügend davon. Aber es fehlen uns die Mittel zur Verlegung dieser Menschen und auch zum Transport von Material.

Außerdem wird die Handelsflotte gebraucht für die Heranschaffung von Lebensmitteln nach den britischen Inseln sowie zum Heranschaffen von Lebensmitteln für die befreiten Länder Europas, die ohnehin nicht ausreichend versorgt werden können. Hier stellt jede Tonne einen großen Wert dar. Wir und Amerika haben unsere gesamte Handelsflotte in den Dienst der gemeinsamen Sache gestellt. Ich würde es sehr bedauern, wenn die Handelsflotte Deutschlands mit ihren 1,2 Millionen Tonnen nicht in den Dienst dieser gemeinsamen Sache gestellt würde, damit der Krieg möglichst schnell beendet wird.

Ich möchte auch noch das Folgende erwähnen. Finnland besitzt eine Handelsflotte mit etwa 400.000 Tonnen. Diese Flotte ist in die Hände unseres russischen Verbündeten übergegangen. In die Hände des russischen Verbündeten sind auch rumänische Dampfer übergegangen, darunter zwei wichtige Transporter, die dringend für den Truppentransport benötigt werden. Wenn eine Aufteilung der Flotte zu drei gleichen Teilen unter unseren Mächten erfolgt, so müßte meines Erachtens die Handelsflotte Rumäniens und Finnlands zu den insgesamt zur Aufteilung kommenden Schiffen dazugeschlagen werden.

**Stalin:** Wir haben nichts von Finnlands Handelsflotte genommen, kein einziges Schiff, und von Rumänien haben wir ein Schiff genommen.

**Churchill:** Ich wollte nur von den Grundsätzen sprechen, nach denen wir die Aufteilung der Handelsflotte vornehmen könnten.

Schließlich ist zu bedenken, daß es außer den drei Mächten noch andere Länder gibt. Norwegen beispielsweise hat sehr schwere Verluste bei seiner Handelsflotte zu beklagen. Die norwegische Tonnage, insbesondere die norwegischen Tanker, stellte eine große Kraft dar. Sie haben uns ihre gesamte Flotte zur Verfügung gestellt, und diese Flotte hat schwere Verluste erlitten. Andere Länder haben ebenfalls einen Großteil ihrer Flotte verloren.

Meines Erachtens müßte die Frage gestellt werden, die Flotte nicht in drei, sondern in vier Teile aufzuteilen und den vierten Teil zur Befriedigung der Interessen einiger anderer Länder zu verwenden, die hier nicht vertreten sind. Ich möchte diese Frage nur zur Prüfung und Erörterung unterbreiten.

**Truman:** Ich möchte meinerseits eine Bemerkung zu dieser Frage machen. Ich würde die deutsche Seekriegsflotte sehr gern in drei Teile aufteilen, mit Ausnahme der U-Bootflotte. Aber ich möchte die Entscheidung über diese Frage im Interesse des Krieges gegen Japan aufschieben. Für uns wären alle diese Schiffe von großem Nutzen, da wir sie nicht nur zum Truppentransport, sondern auch für die Versorgung Europas nutzen könnten. Die Lage ist gegenwärtig so, daß es uns absolut an einsatzfähigen Schiffen fehlt. Deshalb möchte ich die gesamte deutsche Überwasserflotte zum Krieg gegen Japan erhalten.

Ich halte es für angebracht, hier hinzuzufügen, daß wir in den USA nach Beendigung des Krieges mit Japan eine große Zahl nicht nur von Schiffen der Kriegsflotte, sondern auch eine große Zahl von Handelsschiffen haben werden, die an interessierte Länder verkauft werden können. Ich wäre sehr froh, wenn die Schiffe der deutschen Flotte zur Kriegführung gegen Japan eingesetzt würden.

**Stalin:** Und wenn die Russen gegen Japan kämpfen werden?

**Truman:** Natürlich können die Russen Anspruch auf ein Drittel der Flotte erheben, das ihnen dann übergeben wird. Darüber kann man sich einigen.

**Stalin:** Für uns ist das Prinzip wichtig.

**Churchill:** Herr Präsident, ich nehme an, daß wir zu einer Vereinbarung gelangen können. Meines Erachtens könnten jetzt die Schiffe jedem Teilnehmer zugewiesen werden, und wenn der Krieg mit Japan beendet ist, werden die Schiffe entsprechend übergeben.

**Stalin:** Welche Schiffe?

**Churchill:** Ich meine die Handelsschiffe. Aber meines Erachtens geht es hier um das Prinzip. Man muß bedenken, daß der Vormarsch der Roten Armee längs der Ostseeküste die Deutschen gezwungen hat, ihre Häfen zu räumen, und so wurde die deutsche Flotte aus der Ostsee vertrieben. Ich muß zugeben, daß ich für den Vorschlag von Generalissimus Stalin bin, wonach die Russen einen Teil der Seekriegs- und Handelsflotte Deutschlands wünschen, und ich meine, es gibt nur den einen anderen Ausweg - die gesamte Flotte zu versenken. Aber das wäre unvernünftig, da unser Verbündeter einen Teil dieser Flotte zu erhalten wünscht.

**Stalin:** Man kann die Russen nicht als Menschen hinstellen, die vorhaben, die erfolgreichen Handlungen der Flotte der Alliierten zu behindern. Aber man darf daraus auch nicht den Schluß ziehen, die Russen wünschten ein Geschenk von ihren Verbündeten. Wir wollen kein Geschenk, wir wollen nur wissen, ob dieses Prinzip anerkannt wird, ob der Anspruch der Russen auf einen Teil der deutschen Flotte als berechtigt eingeschätzt wird.

**Churchill:** Ich habe nicht von einem Geschenk gesprochen.

**Stalin:** Ich habe nicht gesagt, daß Sie davon gesprochen haben.

Ich möchte, daß Klarheit geschaffen wird in der Frage, ob die Russen ein Anrecht auf ein Drittel der Seekriegs- und der Handelsflotte Deutschlands haben. Meines Erachtens haben die Russen ein Anrecht darauf, und das, was sie bekommen, erhalten sie zu Recht. Ich trete nur für Klarheit in dieser Frage ein. Wenn meine Kollegen anders denken, so möchte ich deren jetzige Meinung wissen. Wenn im Prinzip anerkannt wird, daß die Russen ein Anrecht auf ein Drittel der Kriegs- und Handelsflotte Deutschlands haben, so sind wir zufrieden.

Was die Verwendung der Handelsflotte und insbesondere jenes Drittels, das Rußland rechtmäßig zugesprochen wird, betrifft, so werden wir natürlich nichts in den Weg legen, damit dieses Drittel von den Alliierten in ihrem Kampf gegen Japan maximal eingesetzt werden kann. Ich bin auch damit einverstanden, daß diese Frage am Ende der Konferenz entschieden wird.

Ich möchte noch bei einer Frage verweilen. Unseren Leuten ist der Zutritt zur Kriegs- und Handelsflotte verwehrt, man verwehrt ihnen die Besichtigung der Schiffe. Wie bekannt, befindet sich ein Großteil der Flotte in den Händen unseres Verbündeten, aber unseren Leuten wurde der Zutritt zu diesen Schiffen verwehrt, sie haben keine Möglichkeit, die Schiffe dieser Flotte zu besichtigen. Wenn man uns wenigstens die Möglichkeit geben würde, in ein Verzeichnis dieser Schiffe einsehen zu können. Könnte dieses Verbot nicht aufgehoben werden, damit die Vertreter der russischen Flottenkommission die Möglichkeit zur Besichtigung der Schiffe dieser Flotte und zur Ermittlung der Anzahl der Schiffe bekommen?

**Churchill:** Auch bei uns gibt es solche Fälle, daß unsere Leute an der Besichtigung von Kriegsbeute in der Ostsee gehindert wurden.

**Stalin:** In der Ostsee wurden nur U-Boote erbeutet, aber das ist eine völlig unbrauchbare, zerschlagene Unterwasserflotte. Aber wenn der Wunsch besteht, sie zu besichtigen, so kann diese Möglichkeit zu jeder Zeit geschaffen werden.

**Churchill:** Unser Prinzip ist Gegenseitigkeit und Gerechtigkeit. Deshalb halte ich Ihren Vorschlag für akzeptabel. Wir haben nur eine Bitte, ob die Sache nicht so organisiert werden kann, daß unsere Leute die Möglichkeit bekommen, die durchaus interessanten deutschen Vermögenswerte beispielsweise in der Ostsee, insbesondere einige U-Boote, zu besichtigen.

**Stalin:** Bitte.

**Truman:** Ich möchte hier im Namen der USA erklären, daß Sie zu allen unseren Zonen Zutritt haben und alles besichtigen können, was Sie zu sehen wünschen. Aber wir wollen unsererseits ebenfalls die Möglichkeit haben, das zu sehen, was für uns interessant ist.

**Churchill:** Ich habe in meinen Ausführungen einen Unterschied gemacht zwischen U-Booten und Überwasserschiffen. Generalissimus Stalin wird uns verstehen, wenn wir als Inselbewohner in dieser Frage sehr empfindlich sind. Unsere Insel erzeugt weniger als zwei Drittel der erforderlichen Lebensmittel. Während des Krieges hatten wir unter den U-Booten sehr zu leiden, mehr als jeder andere. Zweimal standen wir am Rande der Katastrophe. Daher ist das U-Boot in England kein populärer Kriegsschiffstyp. Ich bin dafür, den Großteil der U-Boote zu versenken.

**Stalin:** Ich bin ebenfalls dafür.

**Churchill:** Und daß der übrige Teil der U-Boote zu gleichen Teilen unter uns aufgeteilt wird zu Studien- und technischen Zwecken, da sie von beträchtlichem Interesse sind. Zweimal haben uns die Handlungen der U-Boote fast an den Rand der Katastrophe gebracht. Ich bin daher damit einverstanden, daß wir einen Großteil der U-Boote versenken und den Rest unter die drei Mächte aufteilen. Ich bitte den Generalissimus und den Präsidenten um Verzeihung, aber wir befinden uns in dieser Hinsicht in einer besonderen Lage. Unsere militärische Macht hat unter diesen U-Booten sehr gelitten. Wenn ich mich mit diesem Prinzip einverstanden erkläre, so stelle ich nur die Bedingung, daß die Frage, wie viele U-Boote zu versenken und wie viele aufzuteilen sind, am Ende der Konferenz entschieden wird.

**Stalin:** Gut, ich bin einverstanden.

**Truman:** Wir haben diese Frage hinreichend erörtert und können zur nächsten Frage übergehen.

**Eden:** Die nächste Frage - Spanien.

**Truman:** Wünscht der Generalissimus, sich zu dieser Frage zu äußern?

**Stalin:** Die Vorschläge wurden verteilt. Zu dem dort Gesagten habe ich nichts hinzuzufügen.

**Churchill:** Herr Präsident, die britische Regierung - die gegenwärtige und die vorangegangene - haßt Franco und seine Regierung. Man hat mich mißverstanden und gesagt, ich wäre diesem Herrn freundschaftlich gesonnen. Alles, was ich gesagt habe, war, daß Spanienpolitik mehr bedeutet als Karikaturen über Franco. Meines Erachtens sind die ständige Vernichtung von Menschen, die man in das Gefängnis geworfen hat für Dinge, die sechs Jahre zurücklie-

gen, und verschiedene andere Umstände in Spanien nach unseren englischen Vorstellungen völlig undemokratisch.

Als Franco mir ein Schreiben schickte, in dem es hieß, daß er, ich und einige andere westliche Länder uns gegen die Bedrohung durch die Sowjetunion zusammenschließen müßten, sandte ich ihm, mit Einverständnis meines Kabinetts, eine recht kühle Antwort. Die Sowjetregierung wird sich dessen wahrscheinlich erinnern, da ich ihr ebenso wie dem Präsidenten eine Kopie meines Schreibens zugeschickt habe. So daß es zwischen uns keinen nennenswerten Unterschied gibt hinsichtlich der Gefühle, die wir für das gegenwärtige Regime in Spanien hegen. Schwierigkeiten für die Annahme des vom Generalissimus vorgelegten Entwurfs sehe ich beim ersten Punkt, wo vom Abbruch aller Beziehungen mit der Regierung Franco, der spanischen Regierung, die Rede ist. Meines Erachtens könnte ein solcher Schritt seinem Charakter nach angesichts des Stolzes und des Selbstbewußtseins der Spanier den Zusammenschluß der Spanier um Franco bewirken, statt ihnen den Anstoß zur Abkehr von Franco zu geben. Deshalb scheint mir der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der spanischen Regierung kein geeignetes Verfahren zur Lösung dieser Frage zu sein.

Das schafft uns zwar eine gewisse Genugtuung, doch dann werden wir keinen Kontakt mehr haben, der uns in schweren Zeiten nützlich sein könnte. Ich denke, daß ein solcher Schritt nur die Stellung Francos festigen könnte, und wenn wir seine Stellung festigen, werden wir von seiner Seite auf Schlimmes gefaßt sein oder Gewalt gegen ihn anwenden müssen. Ich bin gegen Gewaltanwendung in ähnlichen Fällen. Ich meine, daß wir uns nicht in die inneren Angelegenheiten eines Staates einmischen sollen, mit dem wir unterschiedlicher Auffassung sind, mit Ausnahme solcher Fälle, wo uns ein Staat angreift.

Was die Länder betrifft, die wir besiegt haben, dort müssen wir unsere Kontrolle errichten. Was die Länder betrifft, die im Krieg befreit wurden, so können wir dort die Errichtung eines faschistischen oder eines Franco-Regimes nicht dulden. Aber hier haben wir es mit einem Land zu tun, das am Krieg nicht teilgenommen hat, und deshalb bin ich gegen eine Einmischung in dessen innere Angelegenheiten. Die Regierung Ihrer Majestät benötigt langwierige Erörterungen dieser Frage, bevor sie die Beziehungen mit Spanien abbricht.

Mir scheint, daß die Macht Francos jetzt ohnehin gefährdet ist, und ich hoffe, daß es gelingt, seinen Sturz auf diplomatischem Wege zu beschleunigen. Der Abbruch der Beziehungen ist meines Erachtens eine sehr gefährliche Art der Lösung dieser Frage. Überdies ist zu beachten, daß stets Möglichkeiten eines Wiederaufloderns des Bürgerkrieges in Spanien bestehen, und dieser Krieg hat 2 Millionen von den insgesamt 17 oder 18 Millionen Bevölkerung gekostet. Und mir täte eine aktive Einmischung zum gegenwärtigen Zeitpunkt leid, da ich der Ansicht bin, daß dort Kräfte wirken, um die Lage zum Besseren zu wenden. Das ist meine Ansicht zu dieser Frage.

Die in San Francisco gegründete Weltorganisation lehnt Einmischungen in die inneren Angelegenheiten anderer Länder ab. Deshalb wäre es ungerecht, wenn wir aktiv in die Lösung dieser Frage eingreifen würden. Das würde der in San Francisco beschlossenen Charta der internationalen Organisation widersprechen.

**Truman:** Ich hege keine Sympathien für das Franco-Regime, aber ich möchte nicht an einem spanischen Bürgerkrieg beteiligt sein. Mir reicht der Krieg in Europa. Wir würden gern eine andere Regierung in Spanien statt der Regierung Franco anerkennen, aber ich meine, daß dies eine Frage ist, die Spanien selbst entscheiden muß.

**Stalin:** Das heißt, in Spanien bleibt alles unverändert? Ich meine, daß das Franco-Regime sich festigt, und dieses Regime nährt halbfaschistische Regimes in einigen anderen Ländern Europas. Man darf nicht vergessen, daß das Franco-Regime dem spanischen Volk von außen aufgezwungen wurde und kein Regime ist, das sich aus den inneren Bedingungen ergeben hat. Sie wissen sehr wohl, daß das Franco-Regime von Hitler und Mussolini aufgezwungen wurde

und deren Hinterlassenschaft darstellt. Wenn wir das Franco-Regime vernichten, so vernichten wir das Erbe Hitlers und Mussolinis. Man darf auch nicht außer acht lassen, daß die demokratische Befreiung Europas Pflichten auferlegt.

Ich schlage keine militärische Einmischung vor, ich schlage nicht vor, dort einen Bürgerkrieg zu entfesseln. Ich möchte nur, daß das spanische Volk weiß, daß wir, die Führer des demokratischen Europa, das Franco-Regime ablehnen. Wenn wir dies nicht in irgendeiner Form erklären, wird das spanische Volk mit Recht annehmen, daß wir nicht gegen das Franco-Regime sind. Es kann sagen, daß wir, in dem wir das Franco-Regime nicht antasten, es unterstützen.

Welche Mittel gibt es auf diplomatischer Ebene, um dem spanischen Volk zu zeigen, daß wir nicht auf der Seite Francos sind, sondern auf der Seite der Demokratie? Nehmen wir an, ein Mittel wie der Abbruch der diplomatischen Beziehungen wäre unangemessen, könnten wir dann nicht Überlegungen über andere, elastischere Mittel auf diplomatischer Ebene anstellen? Das muß geschehen, damit das spanische Volk weiß, daß wir mit ihm und nicht mit Franco sympathisieren.

Meines Erachtens wäre es gefährlich, das Franco-Regime so zu lassen, wie es jetzt besteht. Die öffentliche Meinung in den europäischen Ländern ist, wie man aus der Presse ersieht, ebenso wie die öffentliche Meinung in den USA, dem Franco-Regime nicht gewogen. Wenn wir diese Frage umgehen, könnte man meinen, daß wir das Franco-Regime in Spanien stillschweigend dulden, es sanktionieren. Das wäre ein schwerer Vorwurf gegen uns. Ich möchte nicht als Angeklagter dastehen.

**Churchill:** Sie unterhalten keine diplomatischen Beziehungen zu Spanien, und deshalb kann Ihnen niemand einen derartigen Vorwurf machen.

**Stalin:** Aber ich habe das Recht und die Möglichkeit, diese Frage zu stellen und zu lösen. Woher können die Menschen wissen, ob die Sowjetunion mit dem Franco-Regime sympathisiert oder nicht sympathisiert? Es ist wohltuend, wenn man bedenkt, daß "die großen Drei" solche Fragen zu lösen vermögen. Ich gehöre zu den "großen Drei" genauso wie der Präsident und der Premierminister. Habe ich das Recht, über das zu schweigen, was in Spanien geschieht, über das Franco-Regime und über die große Gefahr, die dieses Regime für Europa bedeutet? Es wäre ein großer Fehler, wenn wir diese Frage unbeachtet ließen und nichts dazu sagen würden.

**Churchill:** Ihre Regierung hat die uneingeschränkte Freiheit, sich individuell zu äußern. Die gleiche Freiheit genießt auch die Presse, worauf Generalissimus Stalin hier hingewiesen hat. Die sowjetische und zum Teil auch die amerikanische Presse haben sich sehr freimütig über die Lage der Dinge in Spanien geäußert. Was die britische Regierung betrifft, so möchten wir, obgleich wir das Franco und seinem Botschafter sehr oft gesagt haben, die Beziehungen zur spanischen Regierung nicht abbrechen.

Bei uns bestehen seit langem Handelsbeziehungen mit Spanien. Sie liefern uns Apfelsinen, Wein und einige andere Produkte, wir unsererseits liefern ihnen unsere Erzeugnisse. Ich möchte diesen Handel, für den Fall, daß unsere Einmischung nicht zu den gewünschten Ergebnissen führt, nicht gefährden. Aber gleichzeitig verstehe ich vollauf den Standpunkt von Generalissimus Stalin. Franco erdreistet sich, die "Blaue Division" nach Rußland zu entsenden, deshalb verstehe ich die Ansicht der Russen.

Aber Spanien hat uns nicht im Geringsten gestört, selbst dann nicht, als es uns in der Bucht von Algeciras stören konnte. Niemand zweifelt daran, daß Generalissimus Stalin Franco haßt, und ich meine, daß die meisten Engländer seine Auffassung teilen. Ich möchte nur betonen, daß wir durch ihn nichts zu leiden hatten.

**Stalin:** Es geht hier nicht um irgendeine Kränkung. Ich meine, nebenbei gesagt, daß auch England durch das Franco-Regime gelitten hat. Spanien hat seine Küste lange Zeit Hitler für seine U-Boote zur Verfügung gestellt. Deshalb kann man annehmen, daß das Franco-Regime

England doch irgendwie geschadet hat.

Ich möchte aber nicht, daß diese Frage vom Standpunkt einer Art Kränkung gewertet wird. Nicht um die "Blaue Division" geht es, sondern darum, daß das Franco-Regime eine ernste Gefahr für Europa darstellt. Deshalb bin ich der Ansicht, daß man irgend etwas gegen dieses Regime unternehmen muß. Wenn der Abbruch der diplomatischen Beziehungen ungeeignet ist, bestehe ich nicht darauf. Man kann auch andere Mittel finden. Wir brauchen nur zu sagen, daß wir keine Sympathien für das Franco-Regime hegen und das Streben des spanischen Volkes nach Demokratie für gerecht halten - wir brauchen nur dies zu sagen, und vom Franco-Regime wird nichts übrigbleiben. Ich versichere Sie.

Ich schlage vor: Mögen die Außenminister darüber sprechen, ob man sich nicht eine andere, weichere und elastischere Form einfallen läßt, um zu verstehen zu geben, daß die Großmächte das Franco-Regime nicht unterstützen.

**Truman:** Das sagt mir zu, ich bin einverstanden, die Frage zur Behandlung an die Außenminister zu überweisen.

**Churchill:** Ich wäre dagegen. Mir scheint, daß dies eine solche Frage ist, die in diesem Saal entschieden werden muß.

**Stalin:** Natürlich werden wir hier entscheiden, aber die Minister sollen vorher beraten.

**Truman:** Ich habe ebenfalls keine Einwände dagegen, daß diese Frage zur vorherigen Behandlung an die Außenminister überwiesen wird.

**Churchill:** Ich halte dies für unerwünscht, weil es sich hier um eine Frage des Prinzips handelt, und zwar um Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder.

**Stalin:** Das ist keine innere Angelegenheit, das Franco-Regime bedeutet eine internationale Gefahr.

**Churchill:** Das kann jeder über das Regime eines beliebigen anderen Landes sagen.

**Stalin:** So ein Regime wie in Spanien besteht in keinem anderen Land. In keinem anderen Land Europas gibt es ein solches Regime.

**Churchill:** Man könnte Portugal vorwerfen, es habe ein diktatorisches Regime.

**Stalin:** Das Franco-Regime wurde von außen geschaffen, durch Einmischung Hitlers und Mussolinis. Franco verhält sich sehr herausfordernd, er verbirgt Nazis bei sich. Ich stelle nicht die Frage Portugal.

**Churchill:** Ich kann dem Parlament keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Spaniens empfehlen. Das wäre gegen eine Politik, die wir schon seit langem betreiben. Gleichzeitig wäre ich froh über eine Änderung des Regimes in Spanien, aber nur auf natürlichem Wege. Ich persönlich wäre sehr froh, wenn in Spanien eine Revolution erfolgte, wenn sich dort zum Beispiel eine konstitutionelle Monarchie etablieren und die politischen Häftlinge amnestieren würde.

Aber ich meine, wenn ich oder die britische Regierung in diesem Sinne unseren Einfluß in Spanien geltend machen, so würde das einen Gefühlswandel bei den Spaniern hervorrufen gegen uns, für Franco. Meines Erachtens rückt zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Sturz Francos näher.

Wenn wir hier vereinbarte Handlungen unternehmen, so werden wir dadurch nur seine Position festigen. Gleichzeitig wird die britische Regierung in keiner Weise Franco und die jetzige spanische Regierung unterstützen, mit Ausnahme der Weiterführung des Handels mit Spanien, worüber ich hier bereits gesprochen habe.

**Truman:** Ich wäre sehr froh, wenn wir uns einigten, daß diese Frage den Außenministern zur vorherigen Beratung übergeben wird, damit sie eine geeignete Formel zu diesem Zweck finden.

**Stalin:** Ich habe Verständnis für die Schwierigkeiten, die Herrn Churchill die Anfragen im Parlament bereiten. Aber diese Sache kann man erleichtern. Wie wäre es, wenn wir die Frage



so lösen: die Frage des Franco-Regimes nicht gesondert stellen, übereinkommen, daß diese Frage nicht gesondert als Frage des Franco-Regimes stand und entschieden wurde.

Die drei Außenminister werden beauftragt, in Erwägung des Meinungs-austausches zur Frage des Franco-Regimes eine geeignete Formel für diese Frage zu suchen, dabei insbesondere die Formulierung von Herrn Churchill heranzuziehen, daß Franco seinem Ende zugeht und seinem Regime nicht die Sympathien der demokratischen Mächte gehören und daß dieses Regime in der Öffentlichkeit nicht geschätzt wird. Eine solche Formulierung könnte man als Punkt in eine der Erklärungen über Europa aufnehmen. Wir werden irgendwelche allgemeinen Erklärungen haben, und dort könnte man eine solche von den Außenministern ausgearbeitete Formulierung aufnehmen.

Das wird der britischen Regierung keinerlei Verpflichtungen auferlegen, aber der Punkt wird eine kurze Einschätzung des Franco-Regimes enthalten, und die öffentliche Meinung wird wissen, daß wir nicht für das Franco-Regime sind. Meiner Ansicht nach müßten wir so einen Beschluß fassen. Mögen die Außenminister überlegen, in welche Form wir dies kleiden.

**Churchill:** Ich habe noch nicht prinzipiell zugestimmt, daß wir eine gemeinsame Erklärung zu dieser Frage abgeben.

**Stalin:** Nicht zu Spanien, sondern wir geben eine allgemeine Einschätzung über Europa, und dort könnte man das als einen Punkt einfügen. Was geschieht denn sonst: In allen unseren Dokumenten ist von allen Ländern die Rede, mit Ausnahme Spaniens.

**Churchill:** Die Linie, die ich verfolge, besteht in folgendem: Spanien ist ein Land, das nicht in den Krieg hineingezogen wurde, und kein Vasallenland; es wurde auch nicht von den Alliierten befreit, wir können uns deshalb nicht in seine inneren Angelegenheiten einmischen. Das ist eine prinzipielle Frage.

Was Jugoslawien, Belgien und andere Länder betrifft, so gibt es dort viele Fragen, die uns nicht gefallen und die wir kritisieren könnten. Aber diese Länder wurden in den Krieg hineingezogen und von den Alliierten befreit.

Wenn Sie wünschen, so könnte man eine Erklärung ausarbeiten über allgemeine Grundsätze, auf denen demokratische Regierungen beruhen. Darüber könnte man sprechen. Ich denke dabei beispielsweise an die amerikanische Verfassung: Franco ist jedenfalls weit entfernt von dieser Verfassung. Alle Länder sind untereinander verschieden, und wenn wir uns einmischen wollten, so bereitet uns das eine Menge Schwierigkeiten.

Ich weiß nicht, was die Spanier selbst denken, aber mir scheint, daß die einen so denken und die anderen anders, und ich bin überzeugt, daß viele Spanier die Befreiung Spaniens wünschen, aber ohne Druck von außen. Ich sehe nicht, was die Außenminister in dieser Frage tun könnten. Mir scheint, daß es ihnen viel schwere Arbeit bereiten und die Erörterung dieser Frage sich als nutzlos erweisen würde.

**Truman:** Ich sehe wenig Möglichkeiten für eine Einigung in dieser Frage auf der jetzigen Sitzung. Vielleicht wäre es besser, später zu ihr zurückzukehren?

**Stalin:** Und vielleicht übergibt man die Sache dennoch den Außenministern, damit sie versuchen, eine geeignete Formel zu finden?

**Churchill:** Gerade in diesem Punkt haben wir keine Einigung erzielt.

**Truman:** Ich denke, wir gehen jetzt besser zu einer anderen Frage über und kommen auf die Frage Spanien später zurück.

**Churchill:** Ich schlage keine ablehnende Entscheidung vor, sondern schlage nur vor, jetzt zur Behandlung anderer Fragen überzugehen und diese Frage später zu erörtern.

**Truman:** Gehen wir zu nächster Frage über.

**Eden:** Erklärung über das befreite Europa.

**Truman:** Ein Dokument zu dieser Frage habe ich am 17. Juli vorgelegt.

**Stalin:** Ich schlage vor, diese Frage jetzt zu vertagen; es ist möglich, daß wir einen anderen

Vorschlag zu dieser Frage unterbreiten.

**Truman:** Ich habe nichts dagegen, daß wir diese Frage jetzt vertagen.

Eden: Die nächste Frage - Jugoslawien. Wir haben zu dieser Frage bereits einen kleinen Entwurf überreicht.

**Stalin:** Ich meine, daß wir diese Frage nicht lösen können, ohne die Vertreter Jugoslawiens anzuhören.

**Eden:** Es ist zu beachten, daß wir auf der Krim-Konferenz eine Vereinbarung über Jugoslawien in Abwesenheit jugoslawischer Vertreter erzielt haben.

**Stalin:** Jetzt ist es ein verbündetes Land, in dem eine rechtmäßige Regierung gebildet wurde. Man kann die Frage jetzt nicht ohne Teilnahme jugoslawischer Vertreter entscheiden. Damals gab es zwei Regierungen, und eine Aussöhnung zwischen ihnen war unmöglich. Wir haben uns in diese Sache eingemischt. Und jetzt besteht dort eine rechtmäßige Regierung. Laden wir die Vertreter Jugoslawiens ein, hören wir sie an, und dann wollen wir beschließen.

**Churchill:** Subasic und Tito?

**Stalin:** Ja.

**Churchill:** Aber sie sind untereinander uneins, beide Seiten sind sehr gegeneinander eingestellt.

**Stalin:** Mir ist das nicht bekannt. Laßt uns diese Sache nachprüfen, laden wir sie hierher ein, sollen sie ihre Meinung hier vortragen.

**Truman:** Ist die Sache so wichtig, daß man sie hierher zitiert? Ich halte das für unangebracht.

**Churchill:** Wir haben unsere Unterschrift unter die Vereinbarung der Krim-Konferenz gesetzt und sehen nun, daß diese Erklärung in Jugoslawien nicht erfüllt wird: Es gibt kein Gesetz über die Wahlen, der Nationalrat wurde nicht erweitert, die Rechtsordnung ist nicht wiederhergestellt, die Regierung Tito wird durch die von ihm geschaffene Parteipolizei kontrolliert, die Presse wird genauso kontrolliert wie in einigen faschistischen Ländern.

Wir sehen, daß die Lage in Jugoslawien nicht den in der Erklärung der Krim-Konferenz ausgedrückten Hoffnungen entspricht. Wir haben Jugoslawien eine beträchtliche Menge Waffen geliefert, zu einer Zeit, da wir selber schwach waren, und deshalb sind wir enttäuscht und bedauern es, daß die Ereignisse dort eine solche Wendung genommen haben. Unser Vorschlag ist sehr bescheiden, er besteht darin, das zu erfüllen, was in der Erklärung von Jalta gesagt wurde.

**Stalin:** Herr Churchill ist gleich zur Erörterung übergegangen, statt auf die Frage des Präsidenten zu antworten, ob er die Frage für so ernst und wichtig hält, daß sie auf unserer Konferenz zu erörtern und dazu eine Vertretung Jugoslawiens einzuladen ist. Wenn der Präsident gestattet, kann ich Herrn Churchill folgen und ebenfalls zur Erörterung der Frage übergehen. Sehen Sie, das, was uns Herr Churchill hier mitgeteilt hat über die Tatsache, daß die bekannten Beschlüsse der Krim-Konferenz verletzt werden, dergleichen ist uns aus unseren Quellen nicht bekannt. Ich würde es für richtig halten, daß wir die Jugoslawen selbst anhören, ihnen die Möglichkeit geben, diese Anklagen zu widerlegen oder sie zu bestätigen.

**Churchill:** Ich möchte, daß Sie das Wort "Anklage" durch das Wort "Beschwerde" ersetzen.

**Stalin:** Es geht nicht um Worte, und ich kann natürlich das Wort "Anklage" durch das Wort "Beschwerde" ersetzen. Aber man kann nicht über einen ganzen Staat urteilen, ohne seine Vertreter gehört zu haben.

**Churchill:** Wir hatten jetzt die Möglichkeit, die Frage zu durchdenken, und ich meine, daß es angebracht wäre, wenn beide Seiten, und zwar Tito und Subasic, die Möglichkeit hätten, sich hier zu treffen. Vielleicht werden diese Schwierigkeiten dann aus der Welt geschafft, und wir könnten zu einer abgestimmten Entscheidung kommen. Aber sind Sie der Meinung, daß Marschall Tito einverstanden sein wird hierherzukommen?

**Stalin:** Ich weiß nicht, man muß anfragen, ob sie kommen können.

**Truman:** Ich möchte, bevor wir zum Abschluß kommen, eine Erklärung abgeben. Ich bin als Vertreter der USA hierhergekommen und bin dazu hierhergekommen, um mit Ihnen Weltprobleme zu beraten. Aber ich bin nicht dazu hierhergekommen, um über jedes Land Europas Urteile abzugeben, Streitfragen zu prüfen, die von der in San Francisco gegründeten Organisation entschieden werden sollen.

Wenn wir politische Vorwürfe gegen irgendwen untersuchen, werden wir nur unnötig Zeit verlieren. Wenn wir Tito, Franco und andere Politiker hierher zitieren, so wird das zu nichts Gutem führen. Wir sind kein Gerichtsorgan zur Untersuchung von Klagen gegen einzelne Politiker. Wir sollten uns mit jenen Fragen befassen, über die wir Abkommen erzielen können.

**Stalin:** Das ist eine richtige Bemerkung.

**Truman:** Wir sollten jene Fragen erörtern, die für jeden von uns von Interesse sind.

**Churchill:** Das ist eine Frage, die auch die USA interessiert, Herr Präsident, denn es handelt sich hier um die Erfüllung der Beschlüsse, die auf der Krim-Konferenz gefaßt wurden. Das ist eine Frage des Prinzips. Es ist natürlich völlig klar, daß man die Lage in Jugoslawien, die Stellung Marschall Titos berücksichtigen muß. Es ist nicht viel Zeit vergangen, seit im Lande der Frieden eingezogen ist. Aber alles, was wir in unserem Entwurf im Auge hatten, war lediglich der Wunsch, daß das, was auf der Krim-Konferenz gesagt wurde, auch tatsächlich erfüllt wird.

**Stalin:** Meines Erachtens erfüllt Marschall Tito die Beschlüsse der Krim-Konferenz voll und ganz.

**Truman:** Es stimmt, daß Jugoslawien nicht alle Beschlüsse der Krim-Konferenz erfüllt. Auch bei uns gibt es Beschwerden. Man muß die jugoslawische Regierung darauf hinweisen. Aber wir könnten diese Frage bis zur nächsten Sitzung vertagen.

**Churchill:** Ich möchte Generalissimus Stalin für seine Geduld bei der Erörterung dieser Frage danken. Wenn wir über die Meinungsverschiedenheiten, die mitunter zwischen uns auftauchen, nicht sprechen könnten, wenn wir sie nicht hier erörtern könnten, wo soll man denn dann diese Meinungsverschiedenheiten erörtern?

**Stalin:** Wir erörtern ja hier. Aber ohne den Angeklagten läßt sich die Frage nicht entscheiden. Sie erheben gegen den Chef der jugoslawischen Regierung Vorwürfe; ich bitte ihn anzuhören und dann einen Beschluß zu fassen. Aber erörtern kann man nach Belieben.

**Churchill:** Ich bin damit einverstanden, aber der Präsident ist dagegen, daß Tito hierhergebeten wird.

**Stalin:** Dann muß man die Frage absetzen.

...

**Truman:** Die heutige Tagesordnung ist erschöpft. Morgen ist die Sitzung um vier Uhr.<<

**20.07.1945**

**SBZ:** Konferenz von Potsdam: Vierte Plenarsitzung vom 20. Juli 1945 (x867/...):

>>(Truman eröffnet die Sitzung.)

*Die sowjetische Delegation berichtet, daß auf der heutigen Sitzung der drei Außenminister folgende Fragen standen:*

1. Wirtschaftliche Grundsätze bezüglich Deutschlands.

*Es wurde festgestellt, daß die mit der Vorbereitung dieser Frage beauftragte Kommission ihre Arbeit noch nicht abgeschlossen hat, und deshalb wurde diese Frage nicht gesondert erörtert. Es wurde beschlossen, die Kommission zu bitten, daß sie ihre Arbeit bis zum 21. Juli abschließt.*

2. Polnische Frage.

*Es wurde berichtet, daß die Kommission, die sich mit dieser Frage befaßt, ihre Arbeit bis jetzt noch nicht abgeschlossen hat, und infolgedessen wurde diese Frage nicht gesondert erörtert. Es wurde beschlossen, die Kommission zu bitten, daß sie ihre Arbeit bis zum 21. Juli ab-*

schließt.

### 3. Über die Friedensregelung.

*Da die Kommission, die mit der Vorbereitung des Textentwurfs zur Frage der Friedensregelung beauftragt war, diese Aufgabe nicht erfüllen konnte, weil Mitglieder dieser Kommission in anderen Kommissionen beschäftigt waren, wurde beschlossen, daß die Außenminister heute um 15.45 Uhr zusätzlich zusammenkommen, um diese Frage zum Vortrag auf der Sitzung der drei Regierungschefs vorzubereiten. Die Außenminister beschlossen dann auf ihrer Beratung eine Abänderung zu Punkt 3 des Entwurfs zu dieser Frage, so daß dieser Punkt nunmehr folgendermaßen lautet:*

*"3. Als eine vordringliche und wichtige Aufgabe des Rates wird ihm aufgetragen, Friedensverträge für Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland aufzusetzen, um sie den Vereinten Nationen vorzulegen und Vorschläge zur Regelung der ungelösten territorialen Fragen, die in Verbindung mit der Beendigung des Krieges in Europa entstehen, auszuarbeiten. Der Rat wird zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, nachdem eine solche Regierung gebildet sein wird.*

*Zwecks Lösung jeder dieser Aufgaben wird der Rat aus Mitgliedern bestehen, welche diejenigen Regierungen vertreten, die die Bedingungen in der Kapitulation unterschrieben haben, diktiert an den Feindstaat, den die gegebene Aufgabe betrifft. Bei der Betrachtung der Fragen der Friedensregelung mit Italien wird Frankreich als Unterschriftsleistender der Kapitulationsbedingungen Italiens betrachtet werden.*

*Andere Mitglieder werden zur Teilnahme am Rat eingeladen werden, wenn Fragen erörtert werden, die sie direkt betreffen."*

### 4. Zur Erklärung von Jalta über das befreite Europa.

*Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR überreichte den Außenministern Großbritanniens und der USA den sowjetischen Entwurf der Vorschläge zu dieser Frage. Im Zusammenhang mit dem vorgelegten Entwurf wurden Fragen der Lage in Rumänien und Bulgarien einerseits und in Griechenland andererseits erörtert. Im Ergebnis der Erörterung wurde klar, daß die Außenminister die Lage in diesen Ländern unterschiedlich einschätzten.*

*So erklärten die Außenminister der USA und Großbritanniens unter anderem, daß in Rumänien und Bulgarien der Presse Beschränkungen auferlegt würden. Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten wies darauf hin, daß unter Kriegsbedingungen natürlich gewisse unerläßliche Beschränkungen für die Presse bestanden. Gegenwärtig können angesichts der Beendigung des Krieges die Arbeitsmöglichkeiten für die Pressevertreter in diesen Ländern beträchtlich erweitert werden.*

*Der Außenminister der USA schlug vor, ein Abkommen der drei Mächte darüber abzuschließen, wie die Beobachtung des Wahlverlaufs in Italien, Griechenland, Rumänien, Bulgarien und Ungarn durch die drei Mächte durchzuführen ist, ein Abkommen über die Gewährleistung des freien Zugangs für Pressevertreter der USA, der UdSSR und Großbritanniens zu diesen Ländern und über die Gewährung der Möglichkeiten für sie, sich frei zu bewegen und frei ihre Informationen zu übermitteln. Der englische Minister schloß sich diesem Vorschlag an. Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR erklärte, er sehe keine Notwendigkeit für die Entsendung von Sonderbeobachtern nach Rumänien und Bulgarien. Was Griechenland betrifft, so ist der Standpunkt der sowjetischen Regierung in den vorgelegten Dokumenten entsprechend erläutert.*

*Sollten die Außenminister Großbritanniens und der USA schriftliche Vorschläge zu dieser Frage unterbreiten, so können diese auf der Sitzung der drei Minister erörtert werden.*

### 5. Über Italien.

*Der Außenminister der USA legte den Entwurf eines Beschlusses der drei Regierungschefs vor, worin diese den Eintritt Italiens in die Organisation der Vereinten Nationen unterstützen, den Eintritt Spaniens in die Organisation der Vereinten Nationen jedoch so lange nicht unterstützen, solange Spanien von dem bis jetzt im Lande herrschenden Regime kontrolliert wird. Der Außenminister Großbritanniens erklärte, daß er diesen Vorschlag unterstützt und daß er es, sollte eine Erklärung zu dieser Frage ausgearbeitet werden, für zweckmäßig hält, darin zu erwähnen, daß die drei Mächte auch die Aufnahme bestimmter neutraler Länder, beispielsweise Schwedens, der Schweiz und Portugals, in die Vereinten Nationen für zweckmäßig hielten.*

*Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR stellte die Frage, ob dieser Vorschlag auch auf andere Länder ausgedehnt werden kann, die sich aus feindlichen Ländern in gegen Deutschland mitkämpfende Länder verwandelt haben. Der Außenminister Großbritanniens erklärte, daß man diese Frage erörtern kann, er persönlich aber der Meinung ist, solche Länder könnten nach Unterzeichnung des Friedensvertrages mit ihnen in die Vereinten Nationen zugelassen werden. Zur Ausarbeitung dieser Frage wurde dann schließlich ein Ausschuß gebildet.*

*Im Zusammenhang damit wurde die Kommission, die sich mit Reparationsfragen befaßt, beauftragt, die Frage der Reparationen von Italien und Österreich zu untersuchen.*

6. Über die Westgrenze Polens.

*Den Außenministern der USA und Großbritanniens wurden die Vorschläge der sowjetischen Regierung über die Festlegung der Westgrenze Polens samt einer entsprechenden Karte überreicht. Es wurde beschlossen, diese Frage auf der Sitzung der drei Regierungschefs am 20. Juli auf die Tagesordnung zu setzen.*

7. Über Treuhandgebiete.

*Den Außenministern der USA und Großbritanniens wurden die Vorschläge der sowjetischen Regierung über Maßnahmen zur Errichtung einer territorialen Treuhandschaft überreicht. Es wurde beschlossen, diese Frage auf der Sitzung der drei Regierungschefs am 20. Juli auf die Tagesordnung zu setzen.*

8. Über die Tagesordnung der Sitzung der drei Regierungschefs am 20. Juli.

*Die Minister kamen überein, den Chefs der drei Regierungen folgende Tagesordnung zu empfehlen:*

1. Über die Friedensregelung.

2. Memorandum des Präsidenten der USA vom 17. Juli über die Politik gegenüber Italien.

3. Die Lage in Österreich und insbesondere in Wien (Mitteilung des Premierministers Großbritanniens).

4. Über die Westgrenze Polens.

5. Über die Treuhandgebiete.

**Churchill:** Gestatten Sie, Herr Präsident, eine kleine Frage, die das Verfahren unserer Arbeit betrifft und die ich zum Nutzen der Sache aufwerfe. Unsere Minister kommen täglich zusammen und bereiten ein umfangreiches Programm für unsere Abendsitzungen vor. Heute beispielsweise haben sie ihre Arbeit erst um zwei Uhr beendet. Uns bleibt dann nur wenig Zeit, um die von ihnen ausgearbeiteten Dokumente durchzusehen und zu prüfen. Wäre es nicht besser, unsere Abendsitzungen um fünf Uhr zu beginnen?

**Truman:** Ich habe keine Einwände.

Gehen wir zur Erörterung der Fragen auf der Tagesordnung über. Zur Erörterung steht die erste Frage.

**Churchill:** Ich hatte es so verstanden, daß die sowjetische Delegation eine Abänderung zum Entwurf über die Errichtung des Rates der Außenminister hat.

**Truman:** Die Abänderung wurde bekanntgegeben. Ich bin mit dieser Abänderung einverstan-

den.

**Churchill:** (*liest den Wortlaut der Abänderung durch*) Ich bin ebenfalls mit der Abänderung einverstanden.

**Truman:** Man muß festlegen, wann und an welchem Ort der Rat der Außenminister zusammentrifft. Ich bin bereit, die Entscheidung dieser Frage den Außenministern selbst zu überlassen.

**Churchill:** Ich bin völlig einverstanden, daß diese Frage erörtert werden soll, aber ich bin der Meinung, daß London dieser Ort sein sollte. Hier muß das ständige Sekretariat seinen Sitz haben, während die Sitzungen im Bedarfsfalle auch anderwärts stattfinden können. Zur Erhärtung meiner Ansicht möchte ich daran erinnern, daß London die Hauptstadt ist, die vor allen anderen im Krieg unter dem feindlichen Feuer stand. Soweit mir bekannt, ist es die größte Stadt der Welt und eine der ältesten Städte der Welt. Außerdem liegt es auf halbem Wege zwischen den USA und Rußland.

**Stalin:** Das ist das Entscheidende. (*Heiterkeit*)

**Churchill:** Und außerdem ist London jetzt an der Reihe.

**Stalin:** Richtig.

**Churchill:** Ich möchte nur hinzufügen, daß ich sechsmal über den Ozean geflogen bin, um die Ehre zu haben, mich mit dem Präsidenten der USA zu beraten, und zweimal Moskau besucht habe. London jedoch wird überhaupt nicht als Ort unserer Zusammenkünfte genutzt. In England empfindet man das sehr stark, und ich denke, daß auch Herr Attlee etwas darüber sagen könnte.

**Attlee:** Ich stimme den Ausführungen des Premierministers hier völlig zu und möchte hinzufügen, daß unsere Menschen das Recht haben, diese hervorragenden Persönlichkeiten bei uns zu sehen. Sie würden sich sehr darüber freuen. Sie haben sehr viel durchgemacht. Außerdem meine ich, daß auch die geographische Lage Londons eine wichtige Rolle spielt. Ich unterstütze den Wunsch des Premierministers.

**Truman:** Ich stimme dem Vorschlag des Premierministers ebenfalls zu und bin der Meinung, daß die geographische Lage eine große Rolle spielt.

**Stalin:** Gut, ich habe keine Einwände.

**Truman:** Ich möchte mir das Recht vorbehalten, die Regierungschefs zu einem Besuch in den USA einzuladen.

**Churchill:** Gestatten Sie mir, dem Präsidenten und dem Generalissimus meinen Dank für die liebenswürdige Annahme unserer Einladung auszusprechen.

**Truman:** Ich denke, daß sich unseren drei Außenministern zu gegebener Zeit die Außenminister Chinas und Frankreichs zugesellen werden. Ich denke auch, daß man die Außenminister beauftragen kann, die Frage des Einberufungstermins für den Rat zu lösen.

(*Stalin und Churchill stimmen den Vorschlägen Trumans zu.*)

**Truman:** Die zweite Frage - über die Politik gegenüber Italien. Unsere Vorschläge für die Politik gegenüber Italien wurden auf der ersten Sitzung überreicht. Mein Vorschlag läuft im wesentlichen auf folgendes hinaus:

Meines Erachtens wird die Lage Italiens wesentlich gebessert, wenn wir seine Verdienste als Teilnehmer am Krieg gegen Deutschland anerkennen. Ich schlage vor, daß die Kapitulationsbedingungen durch folgende Verpflichtungen der italienischen Regierung ersetzt werden:

- 1) Die italienische Regierung enthält sich bis zum Friedensvertrag jeglicher feindlicher Handlungen gegen eine der Vereinten Nationen;
- 2) die italienische Regierung wird keinerlei Land-, See- und Luftstreitkräfte oder Ausrüstungen unterhalten mit Ausnahme dessen, wozu sie von den Alliierten ermächtigt wurde, und wird alle Weisungen im Hinblick auf derartige Kräfte und Ausrüstungen befolgen.

Für die Dauer der Gültigkeit dieses Abkommens soll die Kontrolle über Italien nur soweit auf-

rechterhalten bleiben, als dies notwendig ist:

a) zur Sicherstellung der alliierten militärischen Bedürfnisse, solange die alliierten Streitkräfte in Italien bleiben oder von dort aus operieren, und

b) zur Sicherstellung einer gerechten Lösung territorialer Streitfälle.

**Stalin:** Es wäre gut, wenn die Minister die Frage der Politik gegenüber Italien erörtern würden. Ich habe keine prinzipiellen Einwände, aber vielleicht werden sich einige Abänderungen redaktionellen Charakters ergeben. Es wäre gut, dieses Papier den drei Ministern zur abschließenden Durchsicht zu übergeben und sie gleichzeitig zu bitten, neben der Frage Italien die Frage Rumänien, Bulgarien und Finnland zu erörtern.

Für uns gibt es keinen Grund, die Frage Italien aus den Fragen bezüglich der anderen Länder auszugliedern. Italien hat natürlich als erstes Land kapituliert und dann im Krieg gegen Deutschland Beistand geleistet. Es waren zwar keine starken Kräfte, insgesamt drei Divisionen, aber es war immerhin eine Unterstützung. Es beabsichtigt, sich dem Krieg gegen Japan anzuschließen. Das ist ebenfalls ein Plus. Aber das gleiche Plus haben auch andere Länder, wie Rumänien, Bulgarien und Ungarn, aufzuweisen. Sie, diese Länder, haben unverzüglich nach der Kapitulation ihre Truppen gegen Deutschland eingesetzt. Bulgarien hatte 8 bis 10 Divisionen gegen Deutschland eingesetzt, Rumänien etwa 9 Divisionen. Man sollte auch diesen Ländern Erleichterungen gewähren.

Was Finnland betrifft, so hat es keine nennenswerte Hilfe im Krieg geleistet, aber es verhält sich gut und erfüllt gewissenhaft die übernommenen Verpflichtungen. Man könnte auch seine Lage erleichtern.

Deshalb wäre es gut, gleichzeitig mit den Erleichterungen für Italien auch diesen Ländern Erleichterungen zu gewähren und alle diese Fragen gemeinsam zu behandeln. Wenn die Kollegen mit meinem Vorschlag einverstanden sind, so könnten die drei Minister beauftragt werden, diese Frage als eine einzige Frage zu behandeln.

**Truman:** Italien war das erste Land, das kapituliert hat, und seine Kapitulationsbedingungen waren etwas härter als die Kapitulationsbedingungen der anderen Länder. Aber ich bin damit einverstanden, daß die Lage der anderen Vasallenstaaten überprüft wird. Ich stimme in dieser Frage völlig mit Generalissimus Stalin überein.

**Churchill:** In der Italienfrage ist unsere Position nicht ganz identisch mit der Position meiner beiden Kollegen. Uns hat Italien im Juni 1940 überfallen. Wir hatten schwere Verluste im Mittelmeer sowie während der Verteidigung Ägyptens, die wir zu einer Zeit organisieren mußten, da uns selbst die Invasion drohte.

Wir haben viele Kriegsschiffe und Schiffe der Handelsflotte im Mittelmeer verloren. Wir hatten schwere Verluste zu Lande, an der Küste Nordafrikas. Und die Zahl dieser Opfer hat sich erhöht, als Deutschland seine Truppen nach Afrika schickte. Ohne jede Unterstützung von irgendeiner Seite mußten wir den Feldzug in Abessinien durchführen, der damit endete, daß der Kaiser von Abessinien seinen Thron wiedererhielt. Sonderstaffeln der italienischen Luftstreitkräfte wurden zur Bombardierung Londons eingesetzt.

Man muß auch daran erinnern, daß Italien ohne jede Begründung Griechenland überfiel und kurz vor Kriegsausbruch ebenfalls ohne jede Begründung Albanien überfiel. Das alles erfolgte, als wir völlig allein auf uns gestellt waren.

Ich sage das alles deshalb, weil ich meine, daß man die Verluste nicht vergessen darf, die uns Italien zugefügt hat. Wir können das italienische Volk nicht freisprechen, ebensowenig, wie wir das deutsche Volk freisprechen, weil es unter das Joch Hitlers geraten war. Dessen ungeachtet waren wir bemüht, den Gedanken einer Wiederherstellung Italiens als einer wichtigen Macht in Europa und im Mittelmeer zu unterstützen. Als ich vor einem Jahr dort war, unterbreitete ich Präsident Roosevelt eine Reihe von Vorschlägen, und die meisten Vorschläge wurden in die dann veröffentlichte Erklärung aufgenommen.

Ich möchte nicht, daß man annimmt, ich hätte Rachegefühle gegenüber Italien. Ich habe mich gegen Veröffentlichungen in verschiedenen Zeitungen gewandt, die behaupteten, wir wären gegen Italien eingestellt. Im Namen der Regierung Ihrer Majestät habe ich erklärt, daß wir mit reinem Herzen und mit dem Wunsch an diese Frage herangehen, die besten Ergebnisse zu erzielen. Ich möchte, daß alle diese Überlegungen Beachtung finden.

Ich möchte mich dem Präsidenten und dem Generalissimus im Prinzip anschließen, daß wir eine Geste gegenüber dem italienischen Volk tun, das im Kriege viel gelitten und sich für die Vertreibung der Deutschen von seinem Territorium eingesetzt hat. Deshalb hat die britische Delegation im Prinzip keine Einwände dagegen, daß mit Italien Frieden geschlossen wird. Diese Arbeit wird zweifellos einige Monate erfordern, um die Friedensbedingungen vorzubereiten.

Ich stelle desgleichen fest, daß die gegenwärtige italienische Regierung keine demokratische Grundlage besitzt, die sich aus freien und unabhängigen Wahlen herleitet. Sie besteht einfach aus Politikern, die sich als Führer verschiedener politischer Parteien bezeichnen. Ich fasse es so auf, daß die italienische Regierung beabsichtigt, noch vor dem Winter Wahlen durchzuführen. Deshalb halte ich es, obgleich ich damit einverstanden bin, daß der Rat der Außenminister die Arbeit zur Vorbereitung des Friedensvertrages aufnimmt, nicht für wünschenswert, daß er diese Arbeit beendet, bevor die italienische Regierung auf demokratischen Grundsätzen beruht.

Indessen muß ich sagen, daß ich mit dem Memorandum der USA über die Interimsbedingungen, denen zufolge die jetzt bestehenden Waffenstillstandsbedingungen durch einige Verpflichtungen der gegenwärtigen italienischen Regierung ersetzt werden sollen, nicht ganz einverstanden bin. Ich meine, daß keine italienische Regierung garantierte Verpflichtungen abgeben kann, wenn sie sich nicht auf das Volk stützt.

Wenn die auf die Kapitulation gegründeten Rechte aufgehoben und durch Verpflichtungen der italienischen Regierung ersetzt werden - und bis zum Abschluß des Friedensvertrages vergeht noch eine beträchtliche Zeit -, so verlieren wir alle unsere Möglichkeiten mit Ausnahme der Gewaltanwendung, um Italien zur Erfüllung unserer Bedingungen zu veranlassen. Doch niemand von uns wünscht, zur Erreichung ähnlicher Ziele Gewalt anzuwenden.

Nimmt man Punkt 1 des amerikanischen Memorandums, so ist darin nichts über die Zukunft der italienischen Flotte, der italienischen Kolonien, über die Reparationen und andere sehr wichtige Fragen gesagt. So verlieren wir Rechte, die wir entsprechend dem Dokument über die Kapitulation besitzen.

Schließlich muß ich sagen, daß die Kapitulationsbedingungen nicht nur von Großbritannien, sondern auch von anderen Staaten des britischen Empires unterzeichnet wurden, sie wurden von den Dominions Australien, Neuseeland und anderen unterzeichnet, die während des Krieges Verluste erlitten haben. Man wird die Frage mit ihnen erörtern müssen. Außerdem war Griechenland Opfer des italienischen Überfalls. Ich möchte heute nicht weitergehen, als daß ich mich im Prinzip damit einverstanden erkläre, daß der Rat der Außenminister die Arbeit an der Vorbereitung der Friedensbedingungen aufnimmt.

Was die anderen Länder betrifft, von denen hier die Rede war, so muß ich sagen, daß Bulgarien nicht das Recht hat, irgend etwas von Großbritannien zu verlangen. Bulgarien hat uns einen schweren Schlag versetzt und alles getan, um uns auf dem Balkan zu schaden. Es ist natürlich nicht meine Sache, über die Undankbarkeit Bulgariens gegenüber Rußland zu sprechen. Die russische Armee hat Bulgarien seinerzeit vom türkischen Joch befreit, nach vielen Jahren grausamer Gewaltherrschaft.

In diesem Krieg hat Bulgarien fast nichts gelitten, es war Deutschlands Handlanger, und auf dessen Zeichen hin überfiel es Griechenland und Jugoslawien und fügte ihnen schweren Schaden zu. Aber es wird nichts über die Entwaffnung Bulgariens gesagt. Mir scheint, daß es



genauso stark ist wie vorher, denn es besitzt 15 Divisionen. Es ist nichts über die Reparationen von Bulgarien gesagt. Ich muß gestehen, daß ich keine große Neigung zu einem baldigen Friedensschluß mit Bulgarien verspüre - jedenfalls weniger als zum Abschluß eines solchen Friedens mit Italien.

Ich bin meinen Kollegen dankbar, daß sie meine Überlegungen geduldig angehört haben. Abschließend muß ich sagen, daß ich in einigen Punkten mit der Meinung des Präsidenten und der Meinung des Generalissimus nicht übereinstimme.

**Stalin:** Mir scheint, daß die Italienfrage eine Frage der großen Politik ist. Die Aufgabe der "großen Drei" besteht darin, von Deutschland als der Hauptkraft der Aggression dessen Vasallen loszureißen. Dazu gibt es zwei Methoden. Erstens die Methode der Gewalt. Diese Methode haben wir mit Erfolg angewandt, und die Truppen der Alliierten stehen in Deutschland sowie auf dem Territorium anderer Länder. Aber diese Methode allein genügt nicht, um die Komplizen von Deutschland loszureißen.

Wenn wir uns auch in Zukunft nur auf die Methode der Gewaltanwendung gegen sie beschränken, dann besteht die Gefahr, daß wir den Boden für eine künftige Aggression Deutschlands vorbereiten. Daher ist es zweckmäßig, die Methode der Gewalt durch die Methode der Erleichterung der Lage dieser Länder zu ergänzen. Es ist meines Erachtens das einzige Mittel - wenn man die Frage perspektivisch anpackt -, daß man diese Länder um sich zusammenschließt und sie endgültig von Deutschland losreißt.

Das sind Erwägungen der großen Politik. Alle übrigen Erwägungen wie Rache, wie Kränkung scheiden aus.

Von diesem Standpunkt bewerte ich die Vorlage des Präsidenten der USA. Ich meine, daß diese Vorlage des Präsidenten einer solchen Politik, einer Politik des endgültigen Losreißen der Vasallen von Deutschland durch Erleichterung ihrer Lage, entspricht. Deshalb habe ich keine prinzipiellen Einwände gegen die Leitsätze, die in der Vorlage des Präsidenten aufgestellt werden. Es wird vielleicht einiger redaktioneller Verbesserungen bedürfen.

Jetzt die andere Seite der Frage. Ich meine die Ausführungen von Herrn Churchill. Natürlich hat Italien sich auch an Rußland schwer versündigt. Mit den italienischen Truppen sind wir nicht nur in der Ukraine, sondern auch am Don und an der Wolga zusammengestoßen, so weit sind sie in die Tiefe unseres Landes vorgedrungen. Aber ich meine, daß es falsch wäre, sich von Erinnerungen an Kränkungen oder Gefühlen der Rache leiten zu lassen und darauf seine Politik aufzubauen. Gefühle der Rache oder des Hasses oder das Gefühl, für erlittene Kränkungen entschädigt werden zu müssen, sind sehr schlechte Ratgeber in der Politik. In der Politik muß man sich meines Erachtens von der Einschätzung der Kräfte leiten lassen.

Die Frage muß so gestellt werden: Wollen wir Italien auf unserer Seite haben, um es von den Kräften zu isolieren, die irgendwann in Deutschland gegen uns aufstehen könnten? Ich meine, daß wir das wollen, und davon müssen wir ausgehen. Wir müssen die ehemaligen Komplizen von Deutschland losreißen.

Viele Schwierigkeiten und Entbehrungen haben uns solche Länder wie Rumänien verursacht, das nicht wenige Divisionen gegen die sowjetischen Truppen eingesetzt hat, und wie Ungarn, das in der letzten Kriegsperiode 20 Divisionen gegen die Sowjettruppen eingesetzt hatte. Einen schweren Schaden hat uns Finnland zugefügt. Ohne Hilfe Finnlands hätte Deutschland die Blockade Leningrads natürlich nicht durchführen können. Finnland hat 24 Divisionen gegen uns eingesetzt.

Weniger Schwierigkeiten und Leid hat uns Bulgarien bereitet. Es half Deutschland beim Überfall und bei der Durchführung der Angriffsoperationen gegen Rußland, aber es ist nicht selbst in den Krieg gegen uns eingetreten und hat keine Truppen gegen die Sowjettruppen eingesetzt. Im Waffenstillstandsabkommen ist vorgesehen, daß Bulgarien seine Truppen für den Krieg gegen Deutschland zur Verfügung stellen muß.

Dieses Abkommen haben die Vertreter der drei Mächte - USA, Großbritannien und UdSSR - unterzeichnet. Im Abkommen heißt es, daß die bulgarische Armee nach der Beendigung des Krieges mit Deutschland zu demobilisieren und auf den Friedensstand zu reduzieren ist. Das müssen wir tun, und das wird geschehen. Bulgarien kann sich der Erfüllung des Abkommens nicht widersetzen und wird es durchführen müssen.

Die Vasallen haben sich an den Alliierten und im Besonderen an der Sowjetunion versündigt. Wenn wir damit beginnen, uns an ihnen zu rächen, weil sie uns großen Schaden zugefügt haben, so ist das eine mögliche Politik. Ich bin kein Anhänger dieser Politik. Nachdem diese Länder besiegt sind und Kontrollkommissionen der drei Mächte sich dort befinden, damit die Waffenstillstandsbedingungen erfüllt werden, ist es an der Zeit, zu einer anderen Politik überzugehen, zur Politik der Erleichterung ihrer Lage. Und ihre Lage erleichtern heißt, diese Länder von Deutschland loszureißen.

Nun ein konkreter Vorschlag. Soweit ich verstanden habe, schlug Präsident Truman nicht die sofortige Ausarbeitung eines Friedensvertrages mit Italien vor. Präsident Truman schlägt lediglich vor, den Weg zum Abschluß eines solchen Vertrages in nächster Zeit zu erleichtern, und bis dahin schlägt er vor, eine gewisse Interimsituation zwischen den von Italien angenommenen Kapitulationsbedingungen und dem künftigen Friedensvertrag herbeizuführen.

Ich denke, daß es kaum Einwände gegen einen solchen Vorschlag geben kann. Er ist absolut praktikabel und zeitgemäß. Was die anderen Vasallen betrifft, so meine ich, daß es möglich wäre, mit der Herstellung der diplomatischen Beziehungen zu ihnen zu beginnen. Man könnte einwenden, daß es dort keine frei gewählten Regierungen gibt. Aber eine solche Regierung besteht auch in Italien nicht. Doch mit Italien wurden die diplomatischen Beziehungen hergestellt. Es bestehen keine solchen Regierungen in Frankreich und Belgien. Doch es gab keinerlei Bedenken in der Frage der diplomatischen Beziehungen mit diesen Ländern.

**Churchill:** Das waren Verbündete.

**Stalin:** Ich verstehe. Aber Demokratie ist überall Demokratie, ob bei Verbündeten oder bei Vasallen.

**Truman:** Soweit ich verstehe, ist die Lage so. Ich habe einen konkreten Vorschlag bezüglich Italien unterbreitet. Die Waffenstillstandsbedingungen sind von allen unseren drei Staaten unterzeichnet worden.

**Eden:** Wir haben nicht im Namen der Dominions unterzeichnet.

**Truman:** Bei den anderen Vasallen haben die Dominions ebenfalls nicht unterzeichnet. Aber kehren wir zur erörterten Frage zurück. Auf die Tagesordnung wurde die Frage über die Politik gegenüber Italien gesetzt. Die sowjetische Seite hat die Frage Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland aufgeworfen. Soweit ich verstanden habe, hat der Generalissimus vorgeschlagen, die Frage Italien und die der anderen Vasallenländer unseren Außenministern zur Behandlung zu übergeben.

Es handelt sich um die Ausarbeitung von Interimsbedingungen bis zum Abschluß des Friedensvertrages. Ich bin mit dem Generalissimus völlig einverstanden, daß diese Vorschläge nicht auf Gefühlen der Rache, des Hasses und der Kränkung beruhen dürfen, sondern auf dem Gefühl der Gerechtigkeit, um Möglichkeiten für die friedliche Existenz der gesamten Menschheit zu schaffen, und ich denke, daß wir das hier alles in allem erreichen können.

Ich muß hier einige Worte über die Reparationen von Italien sagen. Die Lage in Italien ist gegenwärtig derart, daß wir vor der Frage stehen, Italien eine Beihilfe in Höhe von 700 Millionen bis zu 1 Milliarde Dollar zu gewähren. Aber ich muß erklären, daß wir anderen Ländern nicht die gleiche Hilfe gewähren können, ohne etwas dafür zu erhalten. Ich meine, daß wir uns hier darum kümmern müssen, Bedingungen vorzubereiten, unter denen die Länder aus eigenen Mitteln leben können.

Ich meine, daß diese beiden Fragen den Außenministern zur Behandlung übergeben werden

können, und sie werden die Grundlagen eines Abkommens zu finden verstehen, damit wir zu einer einhelligen Meinung gegenüber diesen Ländern kommen.

**Churchill:** Ich denke, wir alle sind einverstanden, daß die Frage Italien an die Außenminister übergeben werden soll. Ich habe lediglich Einwände gegen die Aufhebung wesentlicher Kapitulationsbedingungen, was uns nur wesentlicher Rechte berauben würde. Ich bin mit dem Präsidenten einverstanden, daß es notwendig ist, die Bedingungen zu erleichtern und gegenüber Italien eine entsprechende Geste zu machen. Ich habe keine Einwände, wenn hier die Erklärung abgegeben wird, daß für Italien ein Friedensvertrag vorbereitet wird.

Ich bin völlig einverstanden mit all dem, was der Generalissimus und der Präsident dazu gesagt haben, daß die Zukunft nicht im Geiste der Rache für erlittene Kränkungen entschieden werden darf. Ich habe mit großer Genugtuung diese Erklärung von den Führern der großen Völker gehört, die sie hier vertreten. Ich hege große Sympathie gegenüber Italien, und in diesem Geiste wird die Regierung Großbritanniens handeln. Ich habe in Bezug auf England das Wort "Reparationen" gebraucht, aber wir beanspruchen für uns natürlich keine Reparationen; wir hatten Griechenland im Auge.

**Truman:** Ich würde vorschlagen, daß die Frage Italien und die der anderen Länder den drei Außenministern überwiesen wird.

**Churchill:** Ich bin einverstanden, daß die vorbereitenden Arbeiten zur Ausarbeitung des Friedensvertrages mit Italien dem Rat der Außenminister übergeben werden.

**Stalin:** Welchem Rat?

**Churchill:** Dem künftigen Rat der Außenminister. Ich hatte nur einen Vorbehalt bezüglich der Interimsmaßnahmen gemacht. Das kann auf den täglichen Sitzungen unserer Außenminister erörtert werden.

**Stalin:** Ich würde vorschlagen, daß die Außenminister auch die Frage der anderen Länder, die Komplizen Deutschlands waren, erörtern. Ich bitte Herrn Churchill, nichts dagegen einzuwenden. (*Allgemeine Heiterkeit*) Ich bitte, daß die drei Außenminister neben der Italienfrage auch die Frage der anderen Länder erörtern.

**Churchill:** Ich hatte nie Einwände. (*Heiterkeit.*)

**Truman:** Ich bin ebenfalls einverstanden.

Gehen wir zur nächsten Frage über. Die nächste Frage ist der Bericht des Premierministers über die Lage in Österreich und insbesondere in Wien.

**Churchill:** Ich bedauere es sehr, daß ich im Verlauf der heutigen Diskussion mehrere Male nicht die Meinung der sowjetischen Delegation teilen konnte. Aber ich bin der Ansicht, daß die Lage in Österreich und in Wien unbefriedigend ist. Es wurde die Einrichtung von Sektoren und Zonen in Österreich vereinbart. Diese Sache zieht sich schon lange hin.

Vor mehr als zwei Monaten bat ich darum, britischen Offizieren die Einreise nach Wien zu ermöglichen, um die Gebäude zu besichtigen, die wir brauchen werden, Flugplätze, Truppenunterkünfte. Alles das war vorher im Prinzip vereinbart. Unsere Offiziere waren in Wien, aber die Ergebnisse ihres Besuches konnten nicht zufriedenstellen, unsere Missionen mußten die Stadt verlassen und unverrichteter Dinge zurückkehren. Und jetzt wird uns nicht nur der Zugang nach Wien verwehrt, sondern auch der Einzug unserer Truppen in die Zone, auf die wir uns geeinigt haben.

Seit der Befreiung Österreichs durch die sowjetischen Truppen sind bereits drei bis vier Monate vergangen. Ich verstehe nicht, warum bei einer so einfachen Sache solche Schwierigkeiten bestehen, und dies, nachdem über diese Angelegenheit ein Abkommen geschlossen wurde. Mir gehen unbefriedigende Berichte von Feldmarschall Alexander zu. Ich meine, daß wir in Anbetracht des unterzeichneten Abkommens eine solche Genehmigung erteilen sollten.

Gestern bat man mich zu klären, ob eine russische Delegation die in englischer Hand befindlichen Schiffe besichtigen könnte. Auf diese Frage habe ich geantwortet: Aber auf der Basis der

Gegenseitigkeit. Wenn deutsche Schiffe, die in England liegen, von russischen Vertretern be-  
sichtigt werden können, so muß, wie mir scheint, der Zutritt in feindliche Städte, die unter  
russischer Besatzung stehen, gewährt werden. Wir haben unsere Truppen aus der russischen  
Besatzungszone im Norden Deutschlands abgezogen, die amerikanischen Truppen haben die-  
se Zone ebenfalls geräumt; wir aber haben nicht das Recht, mit unseren Truppen in unsere  
Zone in Österreich einzuziehen.

**Stalin:** Es gibt ein Abkommen über die Zonen in Österreich, aber es gibt kein Abkommen  
über die Zonen in Wien. Verständlicherweise erforderte es einige Zeit, um zu einem Abkom-  
men zu kommen. Dieses Abkommen ist jetzt erzielt worden, das war gestern. Man mußte sich  
über die Zuteilung der Flugplätze einigen. Das erfordert ebenfalls Zeit. Auch darüber wurde  
ein Abkommen erzielt. Die Antwort der Franzosen ist erst gestern eingetroffen. Jetzt wurde  
der Tag festgelegt, an dem Ihre Truppen in Wien einrücken und unsere Truppen abrücken sol-  
len. Damit kann man heute oder morgen beginnen.

Herr Churchill ist sehr aufgebracht, aber mit der Angelegenheit hat es ein anderes Bewenden.  
Man kann nicht sagen: Man läßt uns nicht in unsere Zone. (*Heiterkeit*)

So kann man nicht sagen. Uns hat man einen Monat lang nicht in unsere Zone in Deutschland  
gelassen. Wir haben uns nicht beschwert, wir wußten, wie kompliziert es ist, die Truppen ab-  
zuziehen und alles für den Einmarsch der sowjetischen Truppen vorzubereiten. Die Sowjetre-  
gierung hat nicht die Absicht, das bestehende Abkommen zu verletzen. Wenn die Frage der  
Lage in Österreich und speziell in Wien nur darauf hinausläuft, dann ist sie bereits gelöst. Im  
Raum Berlin wurde bedeutend vernünftiger gehandelt, und dort wurde die Frage schneller  
erledigt.

Feldmarschall Alexander handelt weniger umsichtig, und das war ebenfalls einer der Fakto-  
ren, der die Angelegenheit verzögerte. Er verhält sich so, als würden ihm die russischen Trup-  
pen unterstehen. Das hat die Erledigung der Angelegenheit nur aufgehalten. Die englische und  
die amerikanische militärische Führung in der Zone in Deutschland haben sich nicht so ver-  
halten. Gegenwärtig steht dem nichts mehr im Wege, daß jede Armee in ihre Zone einrückt,  
sei es in Wien oder in der Steiermark, und zwar deshalb, weil nunmehr ein Abkommen erzielt  
wurde.

**Churchill:** Ich bin sehr froh, daß die Angelegenheit schließlich beigelegt ist und uns der Zu-  
gang in unsere Zone gestattet wird. Was Feldmarschall Alexander betrifft, so gibt es meines  
Erachtens keinen Grund zur Klage.

**Stalin:** Über Eisenhower gab es keine Klagen, über Montgomery gab es keine Klagen, aber  
über Alexander wird geklagt.

**Churchill:** Wir bitten sehr darum, uns diese Klagen vorzulegen.

**Stalin:** Ich möchte nicht als Zeuge im Verfahren gegen Alexander gehört werden, ich habe  
kein Anklageplädoyer gehalten. (*Heiterkeit*)

**Churchill:** Ich fühle mich verpflichtet zu sagen, daß die Regierung Großbritanniens, da keine  
spezifischen Klagen gegen Alexander vorliegen, ihm weiterhin ihr volles Vertrauen schenkt.  
Wir werden alle von ihm unternommenen Schritte unterstützen.

**Stalin:** Ich persönlich habe keine Klagen, ich habe nur vorgetragen, was mir die Oberbefehls-  
haber mitgeteilt haben, und dies als eine der Ursachen für die Verzögerung bei der Lösung der  
Frage angeführt.

**Churchill:** An dieser Sache sind wir nicht allein interessiert. Auch die amerikanischen Kom-  
mandeure sind daran interessiert.

**Truman:** Ich denke, daß in dieser Frage völlige Übereinstimmung erzielt wurde.

Die nächste Frage - über die Westgrenze Polens. Meines Erachtens hat die sowjetische Dele-  
gation Vorstellungen zu dieser Frage.

**Stalin:** Wenn meine Kollegen zur Erörterung dieser Frage nicht vorbereitet sind, so könnten

wir vielleicht zur nächsten Frage übergehen und diese Frage morgen erörtern?

**Truman:** Es ist besser, sie morgen zu erörtern. Diese Frage wird die erste auf der Tagesordnung der morgigen Sitzung sein.

Die nächste Frage - über die territoriale Treuhandschaft.

**Stalin:** Vielleicht erörtern wir diese Frage auch morgen?

**Truman:** Ich bin einverstanden. Unsere Tagesordnung ist erschöpft. Morgen findet die Sitzung um fünf Uhr statt.<<

Die SMAD läßt am 20. Juli 1945 mehrere hundert Glocken zum Einschmelzen in die Sowjetunion transportieren (x111/51).

**WBZ:** Der katholische Kardinal Faulhaber und der evangelisch-lutherische Landesbischof Meiser kritisieren am 20. Juli 1945 die Entnazifizierungsmethoden der US-Militärregierung in Bayern (x111/51): >>... Die Vertreter der beiden christlichen Bekenntnisse in Bayern halten es für ihre Pflicht, bei der Besatzungsbehörde vorstellig zu werden mit der Bitte, in den Strafgerichten über das System des Unheils die Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit walten zu lassen und die Schuld der einzelnen durch persönliche Überprüfung, also nicht pauschal, zu bemessen.

Die geistige Umschulung unseres Volkes von den nationalsozialistischen Irrtümern zu den Grundsätzen der christlichen Moral, die Wiederaufrichtung der sozialen Ordnung im Geiste des Christentums, der wirtschaftliche und kulturelle Aufbau, zu dem wir alle beitragen wollen, dürfen nicht durch vermeidbare Härten in der Rechtspflege gestört werden.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schreibt später über die "Entnazifizierung im Westen" (x026/64-65): >>... Auch in den drei Westzonen wurden insgesamt etwa 250.000 Menschen in Lagern interniert. Als Rechtsgrundlage fungierte die berühmte Direktive JCS 1067 der US-Militärregierung, die bis zum Sommer 1947 Grundlage der amerikanischen Besatzungspolitik war; danach waren nicht nur alle mutmaßlichen Kriegsverbrecher zu verhaften, sondern auch alle Personen, die die Durchführung der Ziele der Besatzungsmächte gefährden könnten.

Der parteilose Schriftsteller Ernst Salomon, der zusammen mit seiner jüdischen Frau verhaftet und so gründlich "verhört" worden war, daß er einige Zähne verlor, berichtet über seine Lagererfahrungen in der amerikanischen Besatzungszone:

"Geprügelt wurde so gut wie ausnahmslos jeder, der in das Lager eingeliefert wurde; die Amerikaner nannten das "overwork" ("überarbeiten"). Geprügelt wurden selbst diejenigen Internierten, die aus einem anderen Lager kamen, in welchem sie bereits ihren Tribut empfangen hatten, und auch die Generale, die aus dem Kriegsgefangenenlager kamen."

Während in einigen – nicht in allen – US-Lagern ehemals "Kapos" aus den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten eingesetzt wurden und gewisse vorhersehbare Folgen eintraten, war auch die Behandlung der Gefängnisinsassen nicht immer rechtsstaatlich. Im Malmedy-Prozeß (es ging um den Tod amerikanischer Kriegsgefangener) z.B. mußte sich auf Veranlassung des Verteidigers eine Kommission aus zwei Richtern nachträglich mit den angewandten Verhörmethoden beschäftigen.

Das Ergebnis: Folter dritten Grades war angewendet worden, und "sämtliche Deutsche bis auf 2 in den 139 von uns untersuchten Fällen hatten durch Fußtritte in die Hoden unheilbare Schäden erlitten. Dies war die übliche Untersuchungsmethode unserer amerikanischen Untersuchungsbeamten".

In der britischen Besatzungszone ereigneten sich solche Vorfälle nur sehr selten. Unter französischer Regie allerdings waren Menschenrechtsverletzungen keine Seltenheit. Eine traurige Berühmtheit erreichte das ehemalige NS-KZ Schirmeck/Natzweiler im Elsaß, wo ab 1944 mutmaßliche französische Kollaborateure und Deutsche unter menschenunwürdigen Zuständen interniert waren. ...<<